

08.07.2016

## Alleingang der Koalition auch beim Haushalt

### Maibach bestätigt abermals Kritik des BBB

**Bruchköbel.-** Der Alleingang der Koalition aus CDU und SPD bei der Innenstadtentwicklung setzt sich bei der anstehenden Beschlussfassung über den Haushalt 2016 für Bruchköbel offensichtlich fort. Zu dieser Bewertung kommt der Bruchköbeler BürgerBund (BBB) nach den abschließenden Beratungen des Haupt- und Finanzausschusses (HFA). „Die neue Koalition stellt keinerlei eigene Anträge zum Entwurf des Magistrats. Dass unsere Anträge zum Beispiel für sichere Bürgersteige oder barrierefreie Bushaltestellen dort nicht auf Zustimmung treffen, war zu erwarten; dass CDU und SPD sich aber weitgehend einer Diskussion verweigern, ist schlicht und einfach enttäuschend“ sagte Stadtverordneter Harald Hormel, einer der Sprecher des BBB im HFA.

Dass gerade die neu an die Bruchköbeler Macht gekommene SPD, wenn überhaupt mit unsachlichen Beiträgen zur vom BBB vorgeschlagenen Bürgerstiftung Stellung nahm, passe in ihr neues Bild als inhalts- und profillose Mehrheitsbeschafferin. "Die SPD trägt einen noch von der CDU und ihrem Bürgermeister allein eingebrachten Haushaltsentwurf ohne jede Änderung mit. Deutlicher kann man sich nicht von seinen Vorstellungen im Kommunalwahlkampf verabschieden" bewertet Patrick Baier, ebenfalls Sprecher des BBB im HFA, besonders die fehlenden eigenen Inhalte der SPD negativ, früher hätte es so etwas bei der SPD Bruchköbel nicht gegeben.

Dabei hätte Bruchköbel, das von der verbesserten Finanzausstattung durch das Land Hessen besonders profitiert, diese Chance für Entlastung der Bürger nutzen können. BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold macht deutlich, dass die immer wieder in den letzten Jahren vorgenommenen Griffe in die Taschen der Bürger bei besseren Rahmenbedingungen wieder zurückgenommen werden sollten. "Eine Verbesserung der Einnahmen ohne eigenes Zutun macht eine Verbesserung der Struktur im Bruchköbeler Rathaus nicht unnötig. Deshalb dürfen die Mehreinnahmen aus Wiesbaden nicht einfach verfrühstückt werden, sondern sind für

die Bürger zu nutzen", sagt Alexander Rabold. Der BBB hatte daher beantragt, wenigstens die Grundsteuer A als einen ersten Schritt zu senken, um die Mehrbelastung für die ohnehin in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befindlichen Landwirte zurückzunehmen. Von CDU und SPD wurde dies ohne Begründung abgelehnt. Auch die vom BBB unterstützte Initiative der Grünen zur Aussetzung der weiteren Erhöhung der Kita-Gebühren wurde ohne Rücksicht auf die Belange der Bürger und insbesondere junger Familien begründungslos von CDU und SPD abgelehnt.

Fehlende Diskussionsbereitschaft und das Durchpeitschen des Verwaltungsentwurfs ohne eigene Vorstellungen durch die Koalition von CDU und SPD müssten eine günstige Weiterentwicklung Bruchköbels in Frage stellen. Für grundsätzliche Fragen, wie beispielsweise der mehrfach beschlossenen und unverändert vom Bürgermeister verweigerten Einbindung der Stadtteile in den Innenstadtentwicklung, ist das Gespräch mit allen gesellschaftlichen Gruppen nach Meinung des Bruchköbeler BürgerBund unverzichtbar. Der jetzt nach Ablauf des halben Haushaltsjahrs viel zu spät zum Beschluss anstehende Haushalt 2016 gebe dafür ein schlechtes Beispiel.